

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

4. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juli 2000, 16:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Hermann Benker (SPD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Tagesordnung:****Seite**

- 1. Bericht der Ministerpräsidentin über ihr Gespräch mit dem Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, am 25. Mai 2000** **4**
- 2. Bericht der Ministerpräsidentin über ihre Reise in die baltischen Staaten vom 5. bis 7. Juni 2000** **9**
- 3. Verschiedenes** **12**

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Zu Beginn der Sitzung gratuliert der Vorsitzende MP Simonis im Namen des gesamten Ausschusses nachträglich zu ihrem Geburtstag.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Ministerpräsidentin über ihr Gespräch mit dem Präsidenten  
der EU-Kommission, Romano Prodi, am 25. Mai 2000**

MP Simonis berichtet dem Europaausschuss über das Gespräch, das die Ministerpräsidenten mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, am 25. Mai 2000 geführt haben. Sie erläutert im Folgenden die wesentlichen Anliegen der Bundesländer, die im Verlauf der Unterredung eine Rolle gespielt haben und deren Klärung im Sinne der Bundesländer notwendig für die Zustimmung im Bundesrat zur Erweiterung der Europäischen Union sei. Die Bundesländer seien gehalten, ihre Zustimmung zur Osterweiterung der Europäischen Union bis 2002 zu geben, damit die Beitrittsgespräche mit der ersten Tranche der beitrittswilligen Staaten ab 2006 aufgenommen werden könnten, erläutert MP Simonis. Sie gehe jedoch davon aus, dass ein einstimmig gefasster Beschluss der Regierungskonferenz zur Erweiterung der Europäischen Union nicht an einem gegenteiligen Votum eines Bundeslandes im Bundesrat scheitern werde; dies versichert sie zumindest für die SPD-geführten Länder.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Kommissionspräsident Prodi hätten Forderungen der Bundesländer nach Kompetenzabgrenzungen innerhalb der Europäischen Union, nach Akzeptanz des Subsidiaritätsprinzips sowie die Klärung der Daseinsvorsorge gestanden, führt die Ministerpräsidentin aus.

Erstens sei auf Drängen der Bundesländer verabredet worden, einen Eckwertekatalog zur Abgrenzung der Kompetenzen zu erarbeiten. Darüber hinaus habe sich die Bundesregierung bereit erklärt, die Anliegen der Bundesländer im Rahmen der anstehenden Regierungskonferenzen zu unterstützen. Man habe sich auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen geeinigt, da vermieden

werden solle, dass Deutschland als „Störenfried“ wahrgenommen werde, legt MP Simonis unter Berufung auf Bundeskanzler Schröder dar und appelliert an ein geschlossenes Auftreten hinsichtlich der Förderung deutscher Anliegen und Interessen, da die Positionen der Mitgliedstaaten in einigen Bereichen höchst unterschiedlich seien.

In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, dass die jetzt regierungstragenden Parteien Vieles unter der Kohl-Regierung mitgetragen hätten, um ihm die Möglichkeit zu geben, innerhalb der Europäischen Union mit einer Stimme für Deutschland sprechen zu können. Sie drückt ihre Hoffnung aus, dass die jetzige Opposition diese Verantwortung ebenfalls übernehmen werde.

Zweitens seien Fragen der Daseinsvorsorge thematisiert worden. Dank der Mitwirkung Deutschlands werde dies ein Punkt auf der europäischen Agenda sein. Bereits auf der Konferenz des Europäischen Rats in Lissabon am 23. und 24. März 2000 sei die Kommission auf Intervention der Bundesregierung aufgefordert worden, ihre Mitteilungen von 1996 in Einklang mit dem Vertrag zu überarbeiten. Kommissionspräsident Prodi habe dies in dem Gespräch mit den Ministerpräsidenten in besonderer Weise hervorgehoben und die Wünsche sowie Vorstellungen der Bundesländer akzeptiert. In diesem Zusammenhang habe Präsident Prodi bestätigt, dass die Problematik der Sparkassen ein Thema von besonderer Bedeutung in Brüssel sein müsse. Präsident Prodi habe dies anerkannt. Prinzipiell sei betont worden, dass die Mitgliedstaaten selbst definieren dürften, was sie unter Daseinsvorsorge verstünden. MP Simonis informiert darüber, es sei ein gemeinsames Positionspapier im Hinblick auf die Änderungen der Kommissionsmitteilungen erarbeitet worden. Schleswig-Holstein werde gemeinsam mit der Bundesregierung versuchen, so viele Vorstellungen wie möglich einzubringen.

Darüber hinaus habe der Europäische Rat in Feira am 19. und 20. Juni 2000 festgestellt, dass die Anliegen und die Bedeutung der gemeinwohlorientierten öffentlichen Leistungen in einem dynamischen Binnenmarkt zu berücksichtigen seien. Es sei bereits früher zugesagt worden, alles das, was Deutschland bislang eingebracht habe - so die Bereiche Sparkassen und Wohlfahrtsverbände - und deutsche Besonderheiten ausmache, dürfe nicht abgeschafft werden. In diesem Zusammenhang kritisiert MP Simonis, dass sich die Privatbanken an Brüssel gewandt hätten, statt in Deutschland eine Lösung für das Problem mit den öffentlich-rechtlichen Banken zu finden.

Drittens habe Kommissionspräsident Prodi zugesagt, Deutschland an der Erarbeitung des Weißbuchs „New Government“ im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu beteiligen. Alle 16 Bundesländer hätten sich um eine Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe beworben. Die Ministerpräsidentin könne sich, wie sie betont, eine Einbeziehung Bayerns vorstellen. Das Weiß-

buch werde eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung der inneren Ordnung unter anderem auch im Hinblick auf eine gemeinsame Sozial- und Kulturpolitik spielen.

In der anschließenden Diskussion erwidert MP Simonis auf eine Frage von Abg. Lehnert nach ihrer Einschätzung hinsichtlich einer möglichen Blockade der Reformen und der Erweiterung der Europäischen Union - unter anderem durch Österreich, das innerhalb der Europäischen Union teilweise ausgegrenzt werde -, sollte es zutreffen, dass die Kommission versucht habe, die Kontrollrechte des Europäischen Parlaments zu beschneiden, sei dies nicht sehr hilfreich gewesen. Was Österreich anbelange, habe Bundeskanzler Schröder immer durchblicken lassen, dass es für Deutschland ausgesprochen schwierig sei, im Hinblick auf Österreich eine andere Position als die Gesamtheit aller europäischen Staaten einzunehmen. Deutschland verstehe sich weder als trennende Kraft noch als bremsende Kraft, sondern wolle es denjenigen Staaten überlassen, die nicht so sehr durch die Geschichte belastet seien.

Sollte Österreich die Verhandlungen über die Erweiterung blockieren - was das Land in der Tat könnte, da die Verhandlungen über die so genannten „left over“, wie beispielsweise die Klärung der Fragen nach der Stimmengewichtung oder Mehrheits- beziehungsweise Minderheitsentscheidungen nicht beendet worden seien -, werde das für Schleswig-Holstein in doppelter Hinsicht schmerzlich sein. Die baltischen Staaten und Polen seien bereits an der Grenze ihres „Nationalstolzes“ angelangt und fühlten sich „schändlich vernachlässigt“. Sie erwarteten von Deutschland Hilfe. Angesichts der enormen wirtschaftlichen Anstrengungen, die beispielsweise ein Land wie Estland unternommen habe, könne es, so prognostiziert MP Simonis, zu einem „emotionalen Zusammenbruch“ kommen, auch wenn den baltischen Staaten natürlich klar sei, dass Deutschland sie unterstütze. Sie drückt ihre Hoffnung aus, dass im Falle einer Blockade seitens Österreichs zumindest die Beitrittsgespräche geführt würden.

Abg. Ehlers spricht sich für einen zügigen Beitritt der ersten Tranche der beitrittswilligen osteuropäischen Staaten aus, mahnt jedoch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Differenzen zwischen den Ländern der Europäischen Union und den beitrittswilligen Staaten sehr lange Übergangsfristen an. Anderenfalls würde dies zu finanziellen wie wirtschaftlichen Problemen in der Europäischen Union und damit auch bei den neu hinzutretenden Staaten führen.

MP Simonis verweist auf die zwischen den Ostseeanrainerstaaten getroffenen Vereinbarungen - wie beispielsweise die von den Finnen formulierte Northern Dimension -, wonach wirtschaftlich stärkere Staaten potentielle Beitrittskandidaten helfen sollten, die Übergangsfristen zielgerichtet zu nutzen. So betreue beispielsweise Schleswig-Holstein das Gebiet Kaliningrad, wo sich die Gesamtproblematik am deutlichsten manifestiere. MP Simonis unterstreicht, sie hoffe auf eine positive Entwicklung, merkt jedoch an, die Länder seien nicht in der Lage - auch nicht

Schleswig-Holstein -, den beitrittswilligen osteuropäischen Staaten auf ein Niveau zu verhelfen, das ihnen einen „schmerzfreien“ wie „sofortigen“ Übergang ermögliche. Vielmehr könnten sie die beitrittswilligen Länder mit Mechanismen vertraut machen, die ihnen den Übergang erleichterten. So gebe es beispielsweise eine Dependance der Landesbank Schleswig-Holstein in Litauen, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, ebenso seien die Industrie- und Handelskammern in den baltischen Staaten vertreten.

MP Simonis betont, man werde es sich nicht noch einmal leisten können - wie es im Fall der Türkei geschehen sei -, einem Land Hoffnungen auf einen Beitritt zur Europäischen Union zu machen und diese Hoffnungen dann nicht zu erfüllen. Eine klare, wenn auch negative Antwort sei sinnvoller, da sonst in diesen Ländern innenpolitische Schwierigkeiten entstehen könnten.

Auf eine Frage von Abg. Behm, wie sie die Einstellung Russlands zur Osterweiterung beurteile, führt MP Simonis aus, zwei wichtige politische Entscheidungen hätten einen Beitrag zur Entspannung geleistet. Zum einen trage die Northern Dimension dazu bei, Ängste abzubauen. Zum anderen hätten die Amerikaner eine ähnliche Initiative wie die der Europäischen Union lanciert, da sie die Gefahr erkannt hätte, dass sich die einstige Großmacht Russland als ge-kränkte arme Nation umgeben von reichen EU-Ländern empfinden könnte.

MP Simonis äußert die feste Überzeugung, wenn zumindest den Regierungsspitzen bewusst werde, dass diese Entwicklung keine Bedrohung für sie darstelle, sondern zu einem Beitritt Russlands zur Europäischen Union führen könnte - wenn auch mit den längsten Übergangsfri-  
sten -, würde dies einen eindeutigen Beitrag zur Entspannung leisten.

AL Kindsmüller merkt ergänzend an, in Anbetracht der Osterweiterung habe die Europäische Union mit Russland 1999 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen, das jedoch vor dem Hintergrund des Tschetschenienkrieges zum Erliegen gekommen sei. In dem ersten Gespräch, das vor wenigen Wochen stattgefunden habe, habe Präsident Putin erstmals und unmissverständlich deutlich gemacht, dass Russland keine Bedenken gegen die Erweiterung der Europäischen Union habe. Gleichwohl gebe es Sorgen, die sich auf die Rolle der russischen Minderheiten in Lettland und Estland und die dortige Sprachenpolitik sowie auf Kaliningrad bezögen. Bezüglich Kaliningrad verhalte sich Moskau noch sehr unflexibel.

MP Simonis greift den Aspekt der regionalen Identität auf, der immer stärker werde, je größer sich die Einheit Europas gestalte. Die Ministerpräsidenten hätten das Gespräch mit Präsident Prodi auch vor dem Hintergrund geführt, dass das Subsidiaritätsprinzip sowie die Daseinsvorsorge die Bundesländer wirtschaftlich und sozial gestärkt hätten. Sie verweist in diesem Zu-

sammenhang auf die Versuche von Präsident Jacques Chirac und Außenminister Fischer, einzelnen Ländern ein schnelleres Vorankommen in der Europäischen Union zu ermöglichen.

Abg. Ehlers problematisiert das Subsidiaritätsprinzip und sieht hier Handlungsbedarf. Sinnvoll sei seines Erachtens nicht, führt er aus, gleiche Bedingungen in der gesamten Europäischen Union zu schaffen, da die Interessenlagen der einzelnen Länder unterschiedlich seien und Probleme auf nationaler Ebene besser gelöst werden könnten.

Abg. Ritzek führt ergänzend aus, es sei notwendig, den Menschen „ein Wohlgefühl“ in ihrer Heimat und ihren Strukturen zu belassen. Er spricht sich für die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips aus. Es gebe auch regionale Interessen, die man nicht durch Aufdrängen europäischer oder globaler Interessen verdrängen dürfe.

MP Simonis mahnt Reformen der Institutionen an. So müssten beispielsweise die Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof verbessert werden, der zurzeit in seiner Funktion als Verwaltungsgericht bloß ein „verlängerter Arm von Brüssel“ sei. Hinsichtlich des Übermaßes an Bürokratie habe die Kommission noch „eine ganze Menge an eigenen Hausaufgaben“ zu erledigen, um effizienter zu werden und sich in verständlicheren Formen zu äußern.

Abg. Böhrk thematisiert die Auseinandersetzung über die Frage, ob zuerst die Reformen der Institutionen der Europäischen Union abgeschlossen und darauf aufbauend die Erweiterung der Europäischen Union vorangetrieben werden solle oder ob beide Entwicklungen miteinander verzahnt werden sollten. Sie drückt ihre Befürchtung darüber aus, dass die Konzentration auf die so genannten Kernländer innerhalb der Europäischen Union zu einem sozialen wie wirtschaftlichen Auseinanderklaffen innerhalb der Europäischen Union führen könnte.

MP Simonis empfiehlt ihrer persönlichen, noch nicht im Bundesrat abgestimmten Meinung nach, die Reform der Institutionen nicht abzuwarten, da dies als Mittel genutzt werden könnte, sich „politisch quer zu legen“. Sie plädiert für eine Lösung Zug um Zug, da es Ländern wie Polen, Estland und Litauen, die große Anstrengungen zur Erfüllung der Kriterien unternommen hätten, nicht zumutbar sei, erst einmal die Reformen der Institutionen abzuwarten. In diesem Zusammenhang verweist die Ministerpräsidentin auf die langen Verhandlungen über die so genannten „left over“, in denen kein Übereinkommen erzielt worden sei, und gibt zu bedenken, wenn schon Fragen der Stimmengewichtung und Entscheidungsmodi nicht hätten gelöst werden können, wie sollten da wesentlich komplexere Sachverhalte rechtzeitig gelöst werden. Sie sei sich allerdings bewusst, dass andere Länder eine andere Auffassung vertreten.



Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Ministerpräsidentin über ihre Reise in die baltischen Staaten  
vom 2. bis 7. Juni 2000**

MP Simonis betont einleitend, sie sei „stolz“ darauf, das Interesse des Bundeskanzlers für die skandinavischen Länder sowie für die baltischen Staaten - deren Deutschfreundlichkeit MP Simonis lobend hervorhebt - geweckt zu haben.

Bundeskanzler Schröder habe in Estland Gespräche mit Staatspräsident Meri und Ministerpräsident Laar geführt. Dabei sei festgestellt worden, dass es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Estland überhaupt keine Probleme gebe und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, insbesondere mit Schleswig-Holstein mit großem Interesse aufgenommen worden sei und als große Hilfe verstanden werde.

Estland lege großen Wert auf einen schnellen und baldigen Beitritt zur Europäischen Union, unterstreicht MP Simonis. Der baltische Staat sei der festen Überzeugung, dies auch zu schaffen.

Estland habe sich ausdrücklich dazu bereit erklärt, gute Beziehungen zu Russland weiter auszubauen. Zwar habe die estnische Wirtschaft unter dem wirtschaftlichen Einbruch Russlands gelitten, dies sei jedoch durch eine stärkere wirtschaftliche Orientierung an den Westen kompensiert worden. Estland baue auf die Hilfe Deutschlands, werde darüber hinaus jedoch aufgrund der geographischen und sprachlichen Nähe stark von Finnland unterstützt.

Deutschland und Estland hätten vereinbart, die Zusammenarbeit durch Austausch sowie mithilfe virtueller Hochschulen in den Bereichen der Gen- und Biotechnologie auszubauen.

MP Simonis hebt hervor, Estland sei mit der informellen wie formellen Zusammenarbeit mit Deutschland sehr zufrieden und fühle sich ernst genommen, wenn es in Schleswig-Holstein Kunst oder Kultur vorstellen dürfe.

Bundeskanzler Schröder habe in Lettland Gespräche unter anderem mit Staatspräsidentin Vike-Freiberga und Ministerpräsident Berzins geführt, auch seien Abgeordnete des Parlaments zugegen gewesen.

MP Simonis stellt fest, dass es kaum Bezüge zwischen Lettland und Schleswig-Holstein gebe. Lettland sei hingegen an einem Ausbau der deutsch-lettischen Beziehungen interessiert und wünsche, unabhängiger von Russland zu werden. Lettland erwarte von Deutschland Unterstützung hinsichtlich eines Beitritts zur Europäischen Union.

Die Ministerpräsidentin hebt hervor, Lettland betrachte die Ostsee stärker als andere Länder als „europäisches Binnenmeer“. Deutschland habe Lettland in wirtschaftlichen wie sozialen Bereichen Hilfestellungen gegeben. In diesem Zusammenhang unterstreicht MP Simonis, dass deutsche Verbände - beispielsweise die Diakonie, das Deutsche Rote Kreuz - in allen drei baltischen Staaten sehr aktiv seien, was diese auch anerkannten.

Litauen habe signalisiert, dass der Abbau des Kernkraftwerks Ignalina, dessen Kosten sich auf zirka 3 Milliarden DM beliefen, von großer Bedeutung sei. Bundeskanzler Schröder habe zugesagt, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union finanzielle Unterstützung leiste, auch sollten Fördermöglichkeiten im Hinblick auf eigene, neue Energieversorgungen geprüft werden.

Bundeskanzler Schröder habe in Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten mit Vertretern der deutschen Wirtschaft über Probleme und Perspektiven gesprochen. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Perspektiven gut seien. Ferner sei ein Repräsentanzbüro des DIHT sowie Schleswig-Holsteins eingerichtet worden. Ziel sei es unter anderem, Litauen zu helfen, ähnliche Strukturen aufzubauen. Litauen sei vor allem am Austausch und an Partnerschaften mit bestimmten Regionen interessiert.

MP Simonis informiert den Europaausschuss über eine Auseinandersetzung mit Herrn Landsbergis über die Frage, an wen die Anträge auf Wiedergutmachung im Zusammenhang mit dem deutschen Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter zu stellen seien. Hintergrund sei ein bereits in früherer Zeit geschlossenes Abkommen, wonach entsprechende Anträge in Russland zu stellen seien.

Zusammenfassend qualifiziert MP Simonis die Reise als ausgesprochen erfolgreich und vertrauensbildend. Für die Bedeutung und Rolle Deutschlands sei die Reise mit einer offiziellen großen Delegation vorteilhaft gewesen, um die Staaten in ihrer Leistung wahrzunehmen und ihnen Hilfe anzubieten. Hier sei viel Psychologie notwendig gewesen.

In der anschließenden Diskussion bestätigt MP Simonis auf eine Frage von Abg. Benker, insbesondere Litauen sei an einer Weiterentwicklung der Beziehungen zu Kaliningrad im Sinne der von Björn Engholm entwickelten Idee eines „Ringes rund um die Ostsee“ interessiert. Die Ministerpräsidentin betont jedoch den noch großen Einfluss Russlands auf Kaliningrad.

Abg. Ritzek bewertet es positiv, dass MP Simonis alle drei baltischen Staaten als potentielle Beitrittskandidaten der Europäischen Union bezeichnet habe. Er kritisiert hingegen, dass die Bundesregierung das Transformprogramm wahrscheinlich im nächsten Jahr beenden wolle, und regt an, die Landesregierung möge sich für eine Verlängerung des Transformprogramms zumindest für Lettland einsetzen. Ferner empfiehlt Abg. Ritzek MP Simonis, die baltischen Pavillons auf der EXPO 2000 in Hannover zu besuchen. MP Simonis bestätigt, bereits entsprechende Termine eingeplant zu haben.

Das von Abg. Ritzek angesprochene Sprachen- und Minderheitenproblem habe zumindest nach außen an Brisanz verloren, hebt MP Simonis hervor. Seitdem sich die wirtschaftliche Lage zwischen Russland und den baltischen Staaten entspannt habe, zeitige dies auch positive Auswirkungen auf die Minderheitenproblematik. Sie habe das Gefühl, dass sich die ersten Abgrenzungsversuche in Estland in der Zwischenzeit etwas beruhigt hätten. Überrascht habe sie jedoch die unterschiedlichen religiösen Ausprägungen in allen drei baltischen Staaten, die als Mittel der Abgrenzung eingesetzt würden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Europaausschuss empfängt den Vizepräsidenten des ukrainischen Parlaments, Herrn Dr. Viktor Medvedchuk. Im Verlauf des kurzen Gesprächs informiert VP Dr. Medvedchuk darüber, dass sich die Ukraine unter Mitwirkung unter anderem der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Beziehungen und Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der letzten Phase der Erarbeitung eines Zivilgesetzbuches befinde, das die Basis für das Rechtssystem in der Ukraine darstellen werde und europäisch orientiert sei. Ende des Jahres werde das Zivilgesetzbuch in Kraft treten, das als zweite Verfassung bezeichnet werde.

VP Dr. Medvedchuk merkt an, das erste ukrainische Parlament habe 1990 die Unabhängigkeit des Landes verkündet, das zweite Parlament habe 1996 die Verfassung der Ukraine eingeführt und das dritte Parlament, dem er jetzt angehöre, führe das Zivilgesetzbuch ein.

Der Vizepräsident regt eine Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten Deutschlands und der Ukraine auf Ausschussebene an, da dies die Möglichkeit für weitere Kooperationen eröffne.

Abschließend teilt der Vorsitzende mit, dass die für den 17. Juli 2000 vorgesehene Reise des Europaausschusses zur EXPO 2000 nach Hannover aus Termingründen verschoben werden müsse. Ein neuer Termin solle in der nächsten Sitzung festgelegt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Birgit Raddatz

stellv. Geschäfts- und Protokollführerin